

# NSU-Vortrag mit Staatsschutz: Grüne fordern Aufklärung – Polizei schweigt

Kreisverband schreibt offenen Brief: „Vertrauen ist erschüttert“ – Anfrage im Landtag

Von *Laura Lugbauer*

Ein Vortrag zum Thema „5 Jahre NSU-Prozess“, organisiert u.a. von den Grünen, hat den Staatsschutz auf den Plan gerufen (PNP berichtete) – über der Angelegenheit schweben auch drei Wochen später noch viele Fragezeichen. Beamte des polizeilichen Staatsschutzes sollen die Vorsitzende des Vereins „Gemeinsam Leben und Lernen in Europa“ unter Druck gesetzt haben. Der Verein hatte zunächst Räumlichkeiten für die Veranstaltung zugesagt, zog sich aber zurück, als die Polizei sich meldete. Nachdem Katharina Schulze, Fraktionsvorsitzende der Grünen im Bayerischen Landtag, bereits eine schriftliche Anfrage zum Vorgang an die Staatsregierung eingereicht hat, fordert jetzt die Kreisvorsitzende Maria Kalin auf lokaler Ebene Klärung.

„Bislang haben wir als Kreisverband immer auf eine gute Zusammenarbeit mit der Polizei vertraut, dieses Vertrauen wurde durch das fragliche Vorgehen Ihrerseits

nunmehr jedoch tief erschüttert. Leider haben wir bis heute keinerlei Rückmeldung Ihrerseits erhalten“, so die Kreisvorsitzende in einem offenen Brief an die Polizei. Kalin kritisiert, wie die Beamten gegenüber dem Verein aufgetreten seien: „Die Vertreter des Vereins fühlten sich bedrängt. Unter anderem wurde von polizeilicher Seite erwähnt, es stehe zu befürchten, Fördergelder könnten gekürzt werden. Auch wurden Bedrohungen und Angriffe von rechter Seite als mögliche Konsequenz nach der Durchführung der Veranstaltung aufgeführt. Beim Verein entstand zudem der Eindruck, es handele sich um eine Veranstaltung, deren Konzept und Träger fragwürdige politische Ziele verfolgten. Die polizeilichen Vertreter sprachen dabei explizit von Linksextremismus.“

Zum anderen stören sich die Grünen als Veranstalter daran, nicht selbst von der Polizei kontaktiert worden zu sein. „Hätten von polizeilicher Seite Sicherheitsbedenken bestanden, so wäre aus unserer Sicht zu erwarten

gewesen, dass die Polizei sich an uns als Veranstalter wenden würde, um ein gemeinsames Konzept zu besprechen“, schreibt Kalin. Die Kontaktinformationen des Grünen-Kreisverbands als Mitveranstalter wären an die Polizei weitergegeben worden, so Kalin: „Bei uns hat sich jedoch bis zum heutigen Tag niemand gemeldet.“

Da der Kreisverband auch künftig derartige Veranstaltungen organisieren wolle, heißt es, „biten wir um eine Aufklärung der Umstände und um eine Rückmeldung, um in Zukunft entsprechende Vorgänge besser abklären zu können.“

Das Polizeipräsidium Niederbayern hat sich bisher nicht dazu geäußert. Fragen, die die PNP bereits kurz nach der Veranstaltung gestellt hat, wurden nicht beantwortet. Nach anderthalb Wochen teilte das Präsidium mit: Wenn nähere Informationen zur Anfrage im Landtag vorliegen, „werden wir Ihnen eine Antwort auf die von Ihnen übersandten Fragen zusenden. Bis dahin dürfen wir Sie noch um Geduld bitten.“

PNP 10.4.2018